

Montag, 1. September 2014

## Medienmitteilung

### ***Den Rhein hätten wir schon – machen wir den Prozess***

**Die Entwicklung ehemaliger Hafenable in Basel Nord ist eine Chance für die Stadtentwicklung, die aber auch vertan werden kann. Die Grünen thematisieren den Planungsprozess und fordern einen Prozess, der die Partizipation aller Beteiligten sicherstellt.**

Durch den Rückbau früherer Chemieareale und die dadurch möglich gewordene Reorganisation der Hafenable entstehen in Basel Nord Freiräume und Chancen für die Entwicklung der Stadt.

Im Hinblick auf die städteplanerische Entwicklung der freiwerdenden Hafenable in Abstimmung mit den Nachbarn Huningue und Weil entstand die 3Land-Studie. Die im Rahmen dieser Testplanung veröffentlichte Computervisualisierung der Klybeckinsel als Hochhauslandschaft „Rheinhattan“ hat Bilder in die Welt gesetzt, die massive Kritik bis zum Aufruf „Rheinhattan versenken“ provozierte.

Die von den Grünen BS bei *denkstatt sàrl*, Basel, in Zusammenarbeit mit *die zusammenarbeiter*, Berlin, in Auftrag gegebene Konzeptstudie für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung im Norden Basels thematisiert deshalb nicht in erster Linie „was wird gemacht“ sondern noch viel mehr den Prozess der Planung „wie wird etwas gemacht“.

In erster Linie wird ein *von oben* diktiert Planungsprozess mit fragwürdigen Entwicklungszielen in Frage gestellt, welche die von der Planung Betroffenen statt zu Beteiligten zu Gegnern der Planung macht.

Die Grünen BS leiten aus dieser Studie Forderungen und Vorschläge ab (beigelegt) und präsentieren drei konkrete politische Vorstösse, welche im September im Grossen Rat eingereicht werden,

- a. *Zum Planungsprozess*: Von der Bombenwurfstrategie zur Partizipation, Bildung einer Entwicklungsgenossenschaft, Rollende statt Masterplanung, Einbezug von Zwischennutzungen in den Transformationsprozess, Einrichtung einer Planungszone
- b. *Zur Inhalt der Planung*: Einbezug des Bestands, Hinterfragung der Insel, Grundlagen statt Bilder

*In diesem Zusammenhang reichen die Grünen folgende Vorstösse ein (beigelegt):*

1. Anzug betreffend Einsetzen einer Entwicklungsgenossenschaft zur Hafenablewicklung
2. Anzug betreffend Einrichtung einer „Planungszone“ im Hafenable
3. Anzug betreffend transparente öffentliche Vergabeverfahren in den Industriezonen Klybeck und Kleinhüningen

**Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:**

- Thomas Grossenbacher, Grossrat, 079 220 60 86
- Mirjam Ballmer, Grossrätin, Co-Präsidentin, 079 416 65 94

## ***Forderungen der Grünen an den Planungsprozess***

- 1) **Von der „Bombenwurfstrategie“ zur Partizipation:** nicht fragwürdige Visionen und Bilder, sondern die Partizipation aller Betroffenen („stakeholder“) muss die Planung bestimmen.
- 2) Die Grünen fordern deshalb in einem politischen Vorstoss die **Bildung einer „Entwicklungsgenossenschaft“**, in welcher alle von der Planung betroffenen „Stakeholder“ (Kanton, Investoren, Zwischennutzer, Bevölkerung, Hafenvertreter) Einsitz haben können und welche Partizipation ermöglicht.
- 3) **Statt einer Masterplanung fordern wir eine rollende Planung.** Nicht ein am Anfang definiertes Entwicklungsziel, sondern offene Grundlagen müssen am Anfang der Planung stehen. Das Aussehen des zukünftigen Quartiers soll sich schrittweise in einem Prozess als Resultat der Partizipation entwickeln.
- 4) Die Stadt- und Quartierentwicklung soll sich parallel zum Veränderungsprozess im Hafen entwickeln können. **„Zwischennutzungen“ sollen möglichst in den längerfristigen Transformationsprozess einbezogen** und dadurch zu Pionieren des zukünftigen Quartiers werden.
- 5) Damit der Planungsprozess gestaltet werden kann, fordern die Grünen die Einrichtung einer **Planungszone**, welche die Koordination des rollenden Planungsprozess durch den Kanton sicherstellt.

## ***Forderungen zum Inhalt der Planung***

- 1) Der bestehende Bestand im Hafen, das heisst seine menschlichen und historischen Gegebenheiten, soll so weit als möglich in die Planung einbezogen werden.
- 2) Die Entwicklungsvision 3Land stellt das Bild einer Insel ins Zentrum. Aber eine Insel trennt das neue vom bestehenden Quartier, präjudiziert den Planungsprozess und wirft zahlreiche kritische Fragen auf. Die „Idee“ der Klybeckinsel muss im Planungsprozess hinterfragt werden können.
- 3) Statt Visionen und Bilder an den Anfang der Planung zu stellen, sollen wir Grundlagen für die Planung formuliert werden. Unsere Diskussionsvorschläge:
  - a) vielfältige Eigentümerstruktur, nicht nur grosse Parzellen, sondern auch kleinräumige Parzellenstruktur
  - b) Abgabe von Parzellen an Investoren, Baugenossenschaften, Private nur im Baurecht
  - c) ein Nutzungsmix von 60% Wohnen, 30% Arbeiten, 10% öffentliche Nutzung
  - d) für das Wohnen soll eine Obergrenze von 35m<sup>2</sup> pro PeHintrson angestrebt werden
  - e) ökologische Bauweise entsprechend den dazumal geltenden „best practice“ Lösungen für technische Anlagen (Abwasser, Wärme, Kühlung)

### **Politische Vorstösse:**

- 1) Anzug betreffend Einsetzen einer Entwicklungsgenossenschaft zur Hafenentwicklung
- 2) Anzug betreffend Einrichtung einer „Planungszone“ im Hafenaerial
- 3) Anzug betreffend transparente öffentliche Vergabeverfahren in den Industriezonen Klybeck und Kleinhüningen

## **Anzug betreffend Einsetzen einer Entwicklungsgenossenschaft zur Hafententwicklung**

Das Bild von „Rheinhattan“ hat wie eine Bombe eingeschlagen und damit auch entsprechende Gegenreaktionen provoziert. Um zu verhindern, dass destruktive Proteste zu einem Stocken oder sogar zu einem Halt bei der Entwicklung des Hafens führen, sollte ein Strategiewechsel stattfinden. Anstatt dass die Stadtentwicklung Basel Nord von einem definierten Ziel her rückwärts definiert wird, sollte ein Prozess eingeleitet werden, in welchem die Entwicklung schrittweise stattfindet und in welchen alle Betroffenen einbezogen sind. Eine konsequente Partizipationsstrategie, bietet eine bessere Gewähr für eine erfolgreiche Hafententwicklung.

Eine Form, die Betroffenen in einen aktiven Prozess einzubeziehen, ist die Struktur einer Entwicklungsgenossenschaft. In einer Entwicklungsgenossenschaft können alle wichtigen Stakeholder (Kanton, Investoren, Hafen, Zwischennutzer) Einsitz haben und gemeinsam Ideen, Konzepte und Planungsschritte diskutieren und erarbeiten. Eine Entwicklungsgenossenschaft wird dadurch zu einem wesentlichen Instrument der Partizipation und Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Sobald die Ziele und Standpunkte definiert und mit dem Grundeigentümer, in diesem Fall der Stadt Basel, als Basis für die Entwicklung und Nutzung verbindlich vereinbart sind, können die Beteiligten auch in der Realisierungsphase Verantwortung mittragen. Als Beispiel für einen solchen partizipativen Prozess kann die Entwicklungsgenossenschaft Tempelhoferfeld in Berlin dienen.

Der Anzugssteller bittet deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob sie gewillt ist folgendes Anliegen umzusetzen:

Einsetzen einer Entwicklungsgenossenschaft zur Hafententwicklung, in welcher alle wichtigen Stakeholder Einsitz haben.

Basel, den 25. August 2014

Thomas Grossenbacher, Grünes Bündnis (98)

## **Anzug betreffend Planungszone (gem. Bau- und Planungsgesetz) im Hafeneareal**

In den Industriezonen Klybeck und Kleinhüningen stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grosse Veränderungen an. Durch den Rückbau früherer Chemieareale und die dadurch möglich gewordene Reorganisation der Hafeneareale entstehen in Basel Nord Freiräume für die Entwicklung der Stadt. Riesige Chancen tun sich auf, die man aber auch vertun kann.

Im Hinblick auf die städteplanerische Entwicklung der freiwerdenden Hafeneareale in Abstimmung mit den Nachbarn Huningue und Weil entstand die 3Land-Studie. Die im Rahmen dieser Testplanung veröffentlichte Computervisualisierung der Klybeckinsel als Hochhauslandschaft „Rheinhattan“ hat falsche Bilder und Vorstellungen in die Welt gesetzt, die massive Kritik bis zum Aufruf „Rheinhattan“ versenken provozierte.

In Frage gestellt werden soll nicht die städtebauliche Entwicklung, sondern der *von oben* diktierte Planungsprozess mit fragwürdigen Entwicklungszielen, welche die von der Planung Betroffenen statt zu Beteiligten zu Gegnern der Planung macht. Um einen positiven Planungsprozess einzuleiten, an welchem die Bevölkerung mitwirken kann, müssen auch neue Instrumente geschaffen werden, damit eine gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung der Hafenuartiere Klybeck und Kleinhüningen möglich wird.

Die Tatsache, dass sich riesige Entwicklungsgebiete im Hafengebiet im Eigentum des Kantons Basel-Stadt befinden, eröffnet die einmalige Chance, eine Entwicklung über die Vergabepraxis von Baufeldern an qualifizierte Immobilienakteure (Genossenschaften, Stiftungen, Baugruppen, Institutionelle, Fonds, Private etc.) in Gang zu setzen.

Die Art der zukünftigen Nutzung des Hafeneareals spielt für die künftige Stadtentwicklung Klybeck/Hafen eine grosse Rolle. Die Anzugstellerin bittet den Regierungsrat deshalb:

- Die fragwürdigen „architektonischen“ Visionen und Bilder in einem partizipativen Prozess mit den relevanten Stakeholdern abzulösen
- Statt einer Masterplanung eine rollende Planung einzuführen. Nicht ein am Anfang definiertes Entwicklungsziel, sondern offene Grundlagen müssen am Anfang der Planung stehen. Das Aussehen des zukünftigen Quartiers soll sich schrittweise in einem Prozess als Resultat der Partizipation entwickeln.
- Die Stadt- und Quartierentwicklung parallel zum Veränderungsprozess im Hafen zu entwickeln. „Zwischennutzungen“ sollen möglichst in den längerfristigen Transformationsprozess einbezogen und dadurch zu Pionieren des zukünftigen Quartiers werden.
- Diese Planungsschritte mit einer Planungszone im zu entwickelnden Hafeneareal gem. Bau- und Planungsgesetz § 116f umzusetzen.

Mirjam Ballmer (72)

## **Anzug betreffend transparente öffentliche Vergabeverfahren in den Industriezonen Klybeck und Kleinhüningen**

In den Industriezonen Klybeck und Kleinhüningen stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten grosse Veränderungen an. Mit den Hochhaus- und Inselbildern wurde in vielen Köpfen bereits das Bild einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten, allein marktwirtschaftlich begründeten Bodenpolitik geschaffen. Ob gewollt oder nicht, entspricht dieses Bild nicht der gewünschten Entwicklung. Um dies in eine positive Planung, an welcher die Bevölkerung mitwirken kann, zu drehen, müssen einerseits neue Bilder, andererseits aber auch neue Instrumente geschaffen werden, damit eine auch gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung der Hafenuartiere Klybeck und Kleinhüningen möglich wird.

Die Tatsache, dass sich riesige Entwicklungsgebiete im Hafengebiet im Eigentum des Kantons Basel-Stadt befinden, eröffnet die einmalige Chance, eine Entwicklung über die Vergabepraxis von Baufeldern an qualifizierte Immobilienakteure (Genossenschaften, Stiftungen, Baugruppen, Institutionelle, Fonds, Private etc.) in Gang zu setzen.

Parzellen sollen nicht an den Höchstbietenden Investor (unabhängig der Rechtsform) vergeben werden, sondern an diejenigen, welche neben architektonischen Zielsetzungen auch die besten inhaltlichen Konzepte und Zielsetzungen eingeben. Vergabeverfahren dieser Art wurden schon erfolgreich in Zürich (Zollhaus Lagerstrasse) von der Hafencity GmbH in Hamburg oder bei der Blumenmarkthalle im Kunst und Kreativquartier Südliche Friedrichsstadt durchgeführt. Der Begriff ‚Stadtrendite‘ aus Deutschland kann als Beispiel dafür dienen, dass die Entwicklung am gesellschaftlichen Mehrwert zu messen und nicht monetär zu bestimmen ist.

Um eine transparente und qualifizierte Vergabepraxis von städtischen Grundstücken und eine Qualitätssteigerung durch mehr Wettbewerb zu gewährleisten, bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Wie die Gleichberechtigung der sozialen, stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Ziele in der Liegenschaftspolitik gewährleistet werden kann
- Mit welchen transparenten, öffentlichen Vergabeverfahren bei der Vergabe von Baufeldern die Entwicklung eines durchmischten, vielfältigen und lebendigen Stadtquartiers gefördert werden kann
- Mit welchen Ausschreibungskriterien eine nachhaltige Entwicklung des Hafengebiets gewährleistet werden kann. Dabei sollen die Entwicklungsziele für die jeweiligen Baufelder präzisiert, die Investoren (Zielgruppen) qualifiziert und bei der Vergabe neben architektonischen Kriterien vor allem das Nutzungskonzept stark gewichtet werden.

Mirjam Ballmer (72)